

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
<hr/>	
Kapitel I.	
Bedeutung und Wesen der öffentlichen Anleihen	1
Der rechtliche Begriff des öffentlichen Kredits	4
Der rechtliche Begriff der öffentlichen Anleihe	6
Rechtsquellen des Rechts der öffentlichen Anleihen	8
<hr/>	
Kapitel II.	
Zur Geschichte der öffentlichen Anleihen	11
Entwicklung des Anleihewesens	
in den mittelalterlichen italienischen Städten	12
in den mittelalterlichen deutschen Städten	15
in den Territorien und Staaten der neueren Zeit. Aufkommen der Verbriefung der Anleiheforderungen	19
Entwicklung des Anleihewesens in den neuesten Zeiten. Statistik	20
Beteiligung an ausländischen Anleihen; Gründe wirtschaftlicher und politischer Art für eine solche Beteiligung	22
<hr/>	
Kapitel III.	
Arten der öffentlichen Anleihen	25
1. Staatsschulden; schwebende und fundierte Schulden	25
Verzinsliche Schatzscheine mit längerer Umlaufszeit	27
Innere und äußere Anleihen	28
Freiwillige und Zwangsanleihen	29
2. Provinzial- und Kommunalanleihen	29
Desorganisation des städtischen Anleihemarktes in Deutschland .	30
3. Industrieobligationen, Gründe für ihre Begebung	31
4. Anleihen von Banken und finanziellen Trustgesellschaften	34
5. Eisenbahnanleihen; Anleihen der deutschen Sekundär- und Klein- bahnen	36
6. Anleihen von öffentlichen Pfandbriefanstalten und Hypotheken- banken	37

	Seite
Kapitel IV.	
Die öffentliche Anleihe als Gesamtschuld	39
Organisation der Anleihegläubiger, Einschränkung der Rechte des einzelnen Gläubigers durch den Willen der Gesamtheit, Bestellung eines Vertreters der Gläubiger auf vertragsmäßigem Wege	44
Organisation der Gläubiger zu einem gesetzlichen Gläubigerverband; das deutsche Schuldverschreibungsgesetz und seine Vorgänger, insbesondere das österreichische Kuratorengebot	47
Grenzen der Geltung des deutschen Schuldverschreibungsgesetzes (Einschränkung auf Anleihen von Privatunternehmungen, auf inländische Anleihen)	50
Kapitel V.	
Die öffentliche Anleihe ein Rechtsgeschäft des Privatrechts	55
Irrtümliche Auffassungen über das rechtliche Wesen der Staatsanleihen und ihre Widerlegung	56
Verschiedenheit der rechtlichen Stellung des Staates als Anlehnschuldners gegenüber seinen Untertanen und gegenüber auswärtigen Gläubigern	58
Kapitel VI.	
Das örtliche Recht der öffentlichen Anleihe	62
Geltung des Rechtes des Erfüllungsortes, auch bei Staatsanleihen	63
Ausdrückliche und stillschweigende Vereinbarung eines Erfüllungsortes	65
Einzelne Fälle eines vereinbarten Erfüllungsortes; die österreichischen Kuponprozesse	66
Kapitel VII.	
Die rechtliche Natur der Anlehnsaufnahme	68
Sie ist Kauf-Verkauf, nicht Darlehn; Nachweis hierfür aus der historischen Entwicklung der modernen Anleihe, dem Vertragswillen der Parteien und der Technik des modernen Anleihegeschäfts	68
Stellungnahme einzelner Gesetze des Inlandes und des Auslandes zu dieser Frage	77
Rechtliche Folgerungen, welche sich aus der Auffassung der Anleihe als eines Kaufs-Verkaufs ergeben	78
Kapitel VIII.	
Die Emission der Anleihen und ihre Technik	81
Direkte Emission	
im Wege freihändiger Begebung der Stücke	81
mittels öffentlicher Subskription	83

Inhaltsverzeichnis.

IX

	Seite
Anleiheprospekt und Haftung des Emittenten aus demselben	84
Subskriptionspreis, Überzeichnung und Reduktion der Zeichnungen	85
Indirekte Emission	86
Mitwirkung von Banken und Bankiers als Negotianten bei der Emission	87
Arten der Überlassung der Anleihe an den Negotianten (durch feste Vergebung, im Wege der Verdingung, Tendersystem)	88
Rechtsstellung des Negotianten zu dem Anleiheschuldner (Übernahme der Emission für eigene Rechnung — in Kommission)	88
Arten der Begebung seitens des Negotianten an das Publikum, Rechtsstellung des Negotianten zu den Zeichnern und Erwerbern der Anleihetitel	89
Die im Verlauf des Emissionsgeschäfts zu entrichtenden Stempel . .	91
Kapitel IX.	
Die Emissionskonsortien	94
Gründe für die Bildung von Konsortien	94
Dauernde Konsortien zwecks Übernahme bestimmter Arten von Anleihen (das Preußenkonsortium)	96
Begriff und rechtliches Wesen der Konsortien	96
Das rechtliche Verhältnis des Konsortiums zu dem Anlehnsschuldner	97
Das rechtliche Verhältnis der Mitglieder des Konsortiums zueinander	98
Das Konsortium als bürgerlich-rechtliche Gesellschaft	99
Stempelpflicht des Konsortiums und der Konsortialen	100
Die Unterbeteiligungen	102
Rechtliche Stellung desjenigen, der bei einem Mitglied des Konsortiums gezeichnet hat, zu dem Konsortium als solchem	103
Kapitel X.	
Die Zulassung der öffentlichen Anleihen zum Börsenhandel	105
Emissionen außerhalb der Börse und Handel in nichtnotierten Werten	106
Voraussetzungen der Zulassung zum Börsenhandel	108
Der Prospektzwang; der notwendige Inhalt des Prospektes von Anleihen	109
Aufgaben und Befugnisse der Zulassungsstellen	111
Haftung des Anlehnsschuldners und derjenigen, die den Prospekt erlassen haben, aus dem Prospekt	114
Kapitel XI.	
Rechtliche Voraussetzungen der Anlehnsaufnahme	118
I. Gesetzliche Voraussetzungen der Aufnahme von Staatsanleihen	119
Verfassungsrechtliche Voraussetzungen der Aufnahme von Staatsanleihen	119

	Seite
Verwaltungsrechtliche Voraussetzungen für die Aufnahme von Anleihen öffentlichrechtlicher Korporationen	120
Gesetzliche Beschränkungen für die Aufnahme von Prämienan- leihen	122
Erfordernis der staatlichen Genehmigung für die Ausgabe von Anlehnsschuldverschreibungen auf Inhaber	122
Gesetzliche Beschränkungen in der Ausgabe von Pfandbriefen der Hypothekenbanken	123
Bestimmungen ausländischer Gesetzgebungen	124
2. Auf staatlichen Konzessionen beruhende Voraussetzungen . .	126
3. Statutarische und vertragsmäßige Voraussetzungen	127

Kapitel XII.

Rechte der Anlehnsgläubiger	129
1. Einzelrechte der Gläubiger	129
Rechte der Gläubiger aus den Anlehnsschuldverschreibungen .	132
Gesetzliche Ausschlußfrist für die Ansprüche aus Inhaberschuld- verschreibungen	133
Recht auf Erteilung einer neuen Schuldverschreibung	133
Gerichtliche Kraftloserklärung abhandengekommener und ver- nichteter Schuldverschreibungen	134
2. Rechte der Gläubiger als Mitglieder der Gesamtheit der Gläubiger	135

Kapitel XIII.

Die Anlehnstitel und ihre Begründung	136
Anlehnstitel (Staatspapiere) auf Namen	136
Anlehnstitel an Order	138
Anlehnstitel an Inhaber	139
Rechtliche Wirkung des Ausstellungsaktes bei Inhaberpapieren .	140
Internationale Rechtsverhältnisse bei in Verlust geratenen Inhaber- schuldverschreibungen	142
Umwandlung der Inhaberschuldverschreibungen in Namenpapiere .	143
Das Inscriptionssystem (Staatsschuldbuch — Stadtschuldbuch) .	145

Kapitel XIV.

Verzinsung der Anleihen	148
Rechtliche Natur der Zinsscheine, insbesondere der „namenlosen“ Zinsscheine zu Orderpapieren	150
Der Zinsschein als selbständiges Wertpapier	153
Erfordernis der staatlichen Genehmigung für die Ausgabe von Zins- scheinen	154
Die Urkundenform als formelles Erfordernis der Zinsscheine . .	155
Die Bestrebungen auf einheitliche Ausstattung der Zinsscheine .	156

Inhaltsverzeichnis.

XI

	Seite
Kapitel XV.	
Sicherheitsbestellungen für Anleihen	157
Generelle und spezielle Sicherheiten	157
Die Pfandbestellung und ihre rechtlichen Voraussetzungen	159
Sicherungshypothek für Anlehnstitel an Order und Inhaber	160
Voraussetzungen der Bestellung einer Pfandrechts an der Bahneinheit	162
Die gesetzliche Sicherung der Pfandbriefe der Hypothekenbanken	163
Die Verbürgung Dritter zugunsten einer Anleihe und ihre rechtlichen Voraussetzungen	164
Die Bürgschaft von Staaten für die Anleihe eines anderen Staates	
Rechtliche (verfassungsrechtliche) Voraussetzungen	165
Das Wesen der Zinsengarantien und sonstiger Garantieverträge . .	166
Kapitel XVI.	
Der Eintritt eines neuen Schuldners in bestehende Anleiheschulden	168
Schulddübernahme kraft Vertrages	169
Schulddübernahme von Gesetzes wegen	169
Haftung des Rechtsnachfolgers für die Anleiheschulden im Falle der Verstaatlichung oder der Verstadtlichung eines Unternehmens	170
Die sogenannte Sukzession der Staaten	171
Haftung des annexierenden Staates für die Schulden des annexierten Staates bei Totalinkorporationen	171
Haftung desgleichen bei Partialinkorporationen	175
Schuldenhaftung bei der Bildung eines neuen Staates unter Los-trennung von einem bestehenden Staate	176
Kapitel XVII.	
Tilgung der Anleihen	177
Gründe für die Notwendigkeit einer regelmäßigen Tilgung	178
Ausschluß des Kündigungsrechts der Gläubiger von Anleiheforderungen	179
Tilgbare Anleihen. Arten derselben	181
Allmähliche Tilgung (Amortisation) der Anlehnsschuld auf Grund eines Tilgungs-(Verlosungs-)plans	182
Prämienanleihen	184
Annuitäten	185
Anleihen ohne Tilgungspflicht. Untilgbare (ewige) und tilgbare Renten	185
Das finanzpolitische Problem der Tilgung von Staatsanleihen; freie Tilgung, Zwangstilgung. Die neuesten deutschen Tilgungsgesetze	189
Kapitel XVIII.	
Die Rückzahlung der durch Auslosung tilgbaren Anleihen	192
Die Einlösung von Zinsscheinen auf gelöste Obligationen	194
Zahlung sogenannter Depositazinsen durch den Anlehnsschuldner	200

	Seite
Kapitel XIX.	
Vorzeitige Rückzahlung der der Rückzahlungspflicht unterliegenden Anleihen (unverzinslicher und verzinslicher)	203
Die Befugnis zur vorzeitigen Rückzahlung	
bei einem 6 % überschreitenden Zinssatz	204
im Fall der Bewucherung des Schuldners	204
Vertraglicher Vorbehalt der vorzeitigen Rückzahlung seitens des Schuldners	205
Gründe gegen eine allgemeine Befugnis zur vorzeitigen Rückzahlung	206
Die Auslegungsregeln der Gesetzbücher betreffend das Recht des Schuldners zur vorzeitigen Rückzahlung (BGB. § 271 Abs. 2 Cod. Civ. Art. 1187 usw.) und die Frage ihrer Anwendbarkeit auf das vorliegende Rechtsverhältnis	207
Übersicht über die neueste Praxis der verschiedenen Länder in dieser Frage	214
Kapitel XX.	
Konversion und Konsolidation verzinslicher Anleihen .	221
Rechtliche Voraussetzungen für die Zulässigkeit der einseitigen Konversion seitens des Anlehnsschuldners	222
Technik der Konversion	223
Arten der Konversion, insbesondere die Zinsreduktion	225
Die Stempelpflicht bei Konversionen nach dem Reichsstempelgesetz	229
Wirtschaftliche und finanzielle Gesichtspunkte für die Vornahme einer Konversion	231
Die Zwangskonversion, insbesondere von Staatsanleihen	233
Die wichtigsten Zwangskonversionen der jüngeren Finanzgeschichte	233
Konsolidation von Anleihen und ihre rechtlichen Voraussetzungen	234
Kapitel XXI.	
Die Kuponsteuer, Begriff und Wesen	236
Besteuerung der eigenen Anleihen seitens des Staates	237
Die Frage der Zulässigkeit der Kuponsteuer gegenüber den ausländischen Staatsgläubigern	237
Das Affidavit	240
Pflicht der Gläubiger zur Tragung der Kuponsteuer bei den Anleihen der öffentlichen und privaten Korporationen und Gesellschaften	241
Beispiele aus der jüngeren Finanzgeschichte für die Auferlegung von Kuponsteuern bei Staatsanleihen	242
Kapitel XXII.	
I. Klagen aus öffentlichen Anleihen gegen Privatpersonen, Gesellschaften, öffentlichrechtliche Korporationen	244

Inhaltsverzeichnis.

XIII

	Seite
Konkurs des Anlehnsschuldners	245
Rechtliche Wirkungen des Konkursverfahrens auf die Forderungen der Anlehnsgläubiger, insbesondere bei auslosbaren Anleihen und Prämienanleihen	246
Zwangswise Beitreibung von Forderungen aus Anleihen gegen Ge- meinden und öffentlichrechtliche Korporationen	248
Die Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Konkurses über Ge- meinden und öffentlichrechtliche Korporationen	248
I. Klagen aus öffentlichen Anleihen gegen Staaten	249
Unzulässigkeit des Konkurses über Staaten	251
Die Gerichtsbarkeit über fremde Staaten, Exemption der Staaten von der fremden Gerichtsbarkeit	252
Literatur und Praxis des In- und Auslandes in dieser Frage . . .	254
Einzelne Ausnahmen von der Exemption	258

Kapitel XXIII.

Der Staatsbankerott, Begriff und Arten	261
Der Schutz der auswärtigen Staatsgläubiger in den Fällen von Staatsbankerotten. Selbsthilfe der Gläubiger durch Bildung von Schutzvereinigungen der Besitzer ausländischer Anlehnstitel. Ausschluß der Anleihen eines bankerotten Staates vom Börsen- handel	265
Die Intervention des Staates zugunsten seiner Untertanen gegen vertragsbrüchige Schuldnerstaaten. Voraussetzungen und Arten der Intervention. Einrichtung einer Finanzkontrolle; Fälle der Ein- richtung einer Finanzkontrolle aus der neueren Finanzgeschichte	270
Die Agitation gegen die Zulässigkeit der Eintreibung von Staats- schulden durch gewaltsame Mittel in der neuesten Zeit (Drago- Lehre)	275
Notwendigkeit der Schaffung internationaler Vereinbarungen zum Schutz der Staatsgläubiger und der Schlichtung entstehender Streitigkeiten im Wege schiedsgerichtlichen Ausgleichs	278
Ziele und Wege einer künftigen internationalen Gesetzgebung, Ge- staltung des Schiedsgerichtes	279
Die der II. Haager Friedenskonferenz von 1907 unterbreiteten Vorschläge und ihre Mängel	283

Druckfehlerverzeichnis und Berichtigungen.

S. 12 Zeile 4 ist das Wort „frühen“ zu streichen.

S. 18 Zeile 22 ist an Stelle „(England, Holland, Frankreich)“: „(insbesondere Holland)“ zu setzen.

S. 138 Zeile 20 ist an Stelle „Rückzahlung“: „Rückgabe“ zu setzen.
